

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Für die 30 mm breite Kolonizelle 800 Mark, für die 90 mm breite Reklamezeile 3200 Mark, Deutschland und Freistaat Danzig 800 bzw. 3200 deutsche Mark. — Bei Plagioschrift und schwierigerem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offerten- und Ankaufgebühren 2000 Mark. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postkonten: Stettin 1847, Posen 202157.

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 17 000 Mark. In den Ausgabestellen monatlich 16 000 Mark. Bei Postbezug monatlich 17 060 Mark. Unter Streifenband in Polen monatlich 24 000 Mark. in Deutschland und Danzig 18 000 deutsche Mark. — Einzelnummer 1000 Mark. — Bei hörerischer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Nr. 161.

Bromberg, Donnerstag den 19. Juli 1923.

47. Jahrg.

Die deutsche Presse in Polen.

Es sind genau acht Wochen vergangen, seitdem die Hauptschriftleiter der größeren deutschen Tageszeitungen in Polen zum erstenmal zu einer Konferenz der Redakteure der in Polen erscheinenden Zeitungen in das Warschauer Ministerpräsidentium geladen wurden. Wir haben diese Einladung als Zeichen kollegialer Freundlichkeit und Achtung durchaus gewertet und nahmen den Frühling, der mit seiner verbindlichen Blütenpracht vom Weichselstale her durch die geöffneten Fensterscheren des ehrwürdigen historischen Palais den Tee-Empfang begrüßte, als eine Güte verzeichnende Vorbedeutung für unsere gemeinsame Arbeit im Sommer und Winter zum Wohle des polnischen Staates hin. Die Herrschaftstage des Herrn Sikorski, der die Konferenz einberufen hatte, der waren damals bereits gezählt, auch Wladyslaw Grabski, der ein interessantes Exposé über die Finanzen des Staates zu halten wollte, hat inzwischen den Ministerstuhl verlassen. Die Krisenstimmung jener Tage war nicht nur den Gastgebern, sondern natürlich auch den Gästen wohl bekannt. Aber der Frühling ließ sich nicht weglegen, ebenso wenig wie die nackte Tatsache, daß man auch Vertreter der deutschen Minderheitspresse zu sachlichen Verhandlungen nach Warschau gebeten hatte. Als nun gar am Ausgang der Konferenz — abgesehen von dem peiniglichen Widerspruch des Vertreters der „Nacjonalnosc“ — die polnischen Kollegen unserer geordneten Forderung nach dem Eintritt eines Deutschen in das neugebildete ständige Komitee der Redakteure zustimmten, wußten wir auch diesen Akt der Toleranz vollumfänglich zu würdigen, ohne freilich überpannte Hoffnungen daran zu knüpfen, wie das bei Menschen, die seit langem im Schatten leben, ja auch nur natürlich ist.

Der Frühling ist vorüber, der Sommer hat Einzug gehalten, da beschäftigt sich der „Kurjer Warszawski“, eines der größten Organe nicht allein der rechtsstehenden, sondern der gesamten polnischen Presse, mit dem Zeitungsweesen der deutschen Minderheit in Polen in einer sachlichen Form und mit einem zum großen Teil richtigen Tatsachenmaterial, das wir versucht sind, seine Ausführungen als eine notwendige Fortsetzung der Warschauer Pressekonferenz zu betrachten, in der wir zum erstenmal als zivile Kollegen und nicht als Hochverräter mit Raubritterinstinkten gewertet wurden.

„Man muß zugeben,“ — schreibt der „Kurjer Warszawski“ in seinem lesenswerten Aufsatz, den wir gestern zum Abdruck brachten, — „daß der Ton der deutschen Presse in Polen im allgemeinen loyal ist.“ — Für dieses Zeugnis aus nationalpolnischem Munde sind wir selbstverständlich dankbar und fragen uns nur im Stillen, warum trotz dieser Loyalität rund 100 Presseprozesse gegen die deutsche Minderheitspresse eingeleitet wurden und warum allein die „Deutsche Rundschau in Polen“ im vergangenen Vierteljahr des Frühlinges und der Pressekonferenz die Verurteilung fast aller Redakteure zu Gefängnisstrafen von 6 bis 18 Monaten erlebte. Wir gehen auf diese Prozesse heute nicht näher ein, weil uns selbst die vorläufigste Kritik in der Öffentlichkeit nur neue Strafen einbringen würde, und weil wir unseren Standpunkt über die Freiheit der Presse unseren polnischen Kollegen auf geeigneterem Wege mitzuteilen gedenken.

Aus unseren Prozessen wollen wir lediglich einen Punkt hervorheben, der unmittelbar zur Sache gehört. Der „Kurjer Warszawski“ und wenige Wochen vorher der „Dziennik Polski“ nehmen in äußerst scharfer Form (die wir uns niemals erlauben dürften!) dagegen Stellung, daß ein preussischer Richter bei der Verurteilung eines früheren Chefredakteurs des Berliner Polenorgans unter ausdrücklicher Betonung daselbst Strafmaß angewandt habe, das unmittelbar vorher bei der Verurteilung von zwei Schriftleitern der „Deutschen Rundschau in Polen“ festgesetzt wurde. — Selbstverständlich kann ein solches Vorgehen nicht gehörig genaue Gebrauchsmarkt werden, und wir freuen uns, daß die polnische Minderheitspresse in Deutschland in der Lage ist, über die Kritik an einer derartigen Justiz zu üben.

In diesem Zusammenhang erlauben wir uns nur die Tatsache festzustellen, daß der Chefredakteur der „Deutschen Rundschau“ wegen Veröffentlichung eines nicht in der Redaktion entstandenen Artikels, der dem verantwortlichen Redakteur bereits eine hohe Gefängnisstrafe eintrug, vom Herrn Wojewoden von Thorn angezeigt wurde mit der Begründung, daß Herr Brzejski selbst vor 20 Jahren auch als Chefredakteur neben seinem verantwortlichen Redakteur von einem preussischen Gericht haftbar gemacht wurde. Damals hatte der verantwortliche Redakteur 3 Monate, Herr Brzejski 2 Monate Gefängnis erhalten. Die Verurteilung des Schriftleiters der „Deutschen Rundschau“ erfolgte in dem gleichen Verhältnis mit dem einzigen Unterschied, daß die Strafen von dem polnischen Gericht dreifach so wurden. Wie der Sejm-Abgeordnete Zerwe in der „Lodzzer Freien Presse“ und der zu dem Prozeß am 23. Juni nach Bromberg entsandte Berichterstatter der „Neuen Züricher Zeitung“ bereits öffentlich mitgeteilt haben, wurde in dieser Hauptverhandlung von dem Vorsitzenden der urteilenden Strafkammer Herr Bromierski mit Bezug auf das Zeugnis des Herrn Wojewoden erklärt: „Nun, machen wir es ebenso wie früher die Deutschen!“ — Wir enthalten uns jeder Kritik.

Ein zweites Zeugnis des „Kurjer Warszawski“ haben wir lebhaft zu begrüßen. Es beginnt mit der Feststellung, daß das Ruhrproblem der Präfektur geworden ist, der die Pressewelt, nicht nur in Polen, in zwei Lager getrennt hat, und lautet dann wörtlich: „Bei den Deutschen muß man selbstverständlich die Gerechtigkeit wegen der Ruhrbesetzung als berechtigt anerkennen.“ Diese Anerkennung verrät eine politische Einsicht von unschätzbarem Wert. Die deutsche Presse in Polen ist keineswegs irgendwie „abhängig“ und kennt kein Berliner Hauptquartier, wie unsere polnischen

Kollegen noch immer anzunehmen belieben. Selbst der gefürchtete „Deutschentum“ Bund, der doch nichts anderes ist als ein Gegenstück zum „Bund der Polen in Deutschland“, steht der deutschen Presse gegenüber nur in demselben Verhältnis wie jeder andere Leser und Freund unserer Zeitungen auch.

Der deutsche Zeitungsschreiber in Polen hat nur ein Hauptquartier und eine Parole: Heimat und Volkstum. Unsere Heimat liegt im polnischen Staat, mit dessen Wohl und Wehe unser eigenes Geschick verbunden ist. Wenn wir der Ruhrpolitik Poincarés und einem guten Teil der französischen „Freundlichkeit“ überhaupt den wirtschaftlichen Verderb unseres Staates und unserer Heimat folgen sehen, darum erheben wir Protest gegen die Gewalttat im Ruhrgebiet und jeden Herold des mitteleuropäischen Bolschewismus. Die Aufgaben, die unser deutsches Volkstum an uns stellt, liegen klar auf der Hand. Über die Grenzen hinweg hält uns Deutsche ein gemeinsames Band des Bluts und der Geschichte umschlossen. Sollen wir allein zu dem Unrecht an der Ruhr schweigen, während Papst und Bischof, Minister und Gelehrte, die Völker und Presse fast aller Länder in dieser Frage gegen Frankreich aufbegehren? — Das kann und wird niemand von der deutschen Presse in Polen verlangen, die alles, was sie vorbringt, in loyaler Haltung zu schreiben weiß und sich der hohen Verantwortung eines polnischen Staatsbürgers deutscher Nation stets bewußt bleiben wird.

Die verhinderte Ausweisung.

Die deutsche Fraktion zur geplanten Ausweisung des polnischen Staatsangehörigen deutscher Nation Dr. von Koerber-Koerberode.

Zahlreiche Anfragen aus unserem Leserkreis über die angebliche Ausweisung des über die Grenzen Pommerns hinaus bei der deutschen Minderheit bekannten Herrn v. Koerber veranlaßten uns zu einer Anfrage bei der deutschen Fraktion im Warschauer Sejm und Senat. Wir erhielten folgende Mitteilung:

„Herr von Koerber war bisher unbekannt polnisches Staatsbürger. Er steht noch heute auf der Reichswahlliste oben als nächster Kandidat des Minderheitsblocks für den Sejm. Pöblich jedoch erhielt Herr von Koerber ein Dekret des Herrn Wojewoden in Thorn, das ihm die Staatsangehörigkeit abspricht und ihn zugleich, ohne eine Prüfung der Staatsangehörigkeit überhaupt abzuwarten, des Landes verweist. Begründung: er sei als Vorsitzender des Deutschentumsbundes ein lästiger Ausländer.“

Herr von Koerber legte persönlich beim Minister des Innern seinen Einspruch gegen die Ausweisung sofort Protest ein, da er sowohl nach Art. 4 des Minderheitschutzvertrages zufolge seiner Geburt in Polen, sowie auf Grund des Art. 91 des Versailler Vertrages wegen seines Wohnsitzes in Polen polnischer Staatsbürger sei. Der Herr Minister des Innern versprach sofortige Prüfung der Angelegenheit. Auf eine mehrere Tage später durch die deutsche Sejmfraktion beim Ministerium erfolgte Anfrage erhielt diese die Mitteilung, daß die Suspendierung der Ausweisung inzwischen angeordnet sei. Ferner hatte Herr von Koerber beim zuständigen Deutschen Konsulat angefragt, wie dort seine Staatsangehörigkeit beurteilt würde und die amtliche Auskunft erhalten, daß er nach deutscher Auffassung polnischer Bürger sei und keinesfalls nach Deutschland übernommen werden könne. Von dieser amtlichen Antwort feste Herr von Koerber die zuständige Starostei in Graudenz am 4. Juli und durch dieses die Wojewodschaft in Thorn in Kenntnis.

Ungeachtet der Anordnung des Innenministeriums und der Stellungnahme des Deutschen Konsulats erschienen am 10. Juli der Kommandant der polnischen Polizei und ein Wachtmeister im Dienstzuge bei Herrn von Koerber und legten einen vom 9. 7. 23 datierten Befehl der Starostei in Graudenz (Z-Nr. 427/23) vor, Herrn von Koerber zwangsweise über die Grenze zu bringen. Herr von Koerber betonte erneut, er sei polnischer Bürger und nicht in der Lage, nach Deutschland zu gehen, legte auch die amtliche Auskunft des Deutschen Konsulats vor und erklärte, daß das Innenministerium in Warschau amtlich wiederholt der deutschen Fraktion zugesichert habe, daß seine Ausweisung suspendiert sei. Trotzdem wurde Herr von Koerber zwangsweise an die Grenze nach Garmsee gebracht. Da er auf gutes Zureden, freiwillig die Grenze zu überschreiten, weil das alle Schwierigkeiten beseitigen würde, dies nicht tat, sondern an den Grenzpfählen der Republik Polen auf seinem Handkoffer Platz nahm, wurde ein weiterer Wachtmeister herangeholt und Herr von Koerber etwa 1 Kilometer über die Grenze bis zum deutschen Kommissar geführt. Der deutsche Grenzkommissar lehnte das wiederholt an ihn gerichtete Ersuchen, Herrn von Koerber anzunehmen, ab, da dieser keine deutschen Papiere habe. Auf Befragen erklärte Herr von Koerber, daß er seiner Meinung nach polnischer Bürger sei. Der deutsche Kommissar stellte das Ersuchen an den Graudener Kommandanten, Herrn v. K. wieder zurückzunehmen. Herr v. K. ließ sein Auto herankommen und wurde nun zur Starostei in Graudenz gefahren. Der Starost ließ Herrn

Mark u. Dollar am 18. Juli.
(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags.)
Danziger Börse
100 p. M. — 100 179 d. M. 1 Doll. = 250 000 d. M.
(Auszahlung Warschau: 175)
Warschauer Börse
1 d. M. — 0,50 p. M. 1 Dollar 117 000 p. M.

u. K. durch den Kommandanten eröffnen, die Angelegenheit sei in ein Stadium getreten, in dem nicht er, sondern nur der Wojewode entscheiden könne. Herr v. K. wurde am nächsten Morgen mit dem ersten Zuge zur Wojewodschaft gebracht, er solle inzwischen in Graudenz Privatquartier beziehen. Am nächsten Morgen um 1/2 Uhr brachten ihn der Kommandant und ein Oberwachmeister zur Bahn, wo Herr von Koerber unter Convoi und, da er kein Geld zur Fahrkarte hergab, auf Staatskosten nach Thorn befördert wurde. Nach längerem Warten wurde ihm und dem Oberwachmeister von einem Vertreter des Wojewoden eröffnet, daß er nach Hause reisen solle, die Sache sei einstweilen erledigt.

Inzwischen war einer unserer Abgeordneten in Warschau im Ministerium des Innern vorstellig geworden und hatte schärfsten Protest gegen die Freiheitsberaubung des Herrn von Koerber eingelegt.

Ein dankenswerter Gruß und ein lehrreicher Bericht.

Die „Magdeburger Tageszeitung“ hat am vorigen Sonntag (Nr. 162 vom 15. 7.) eine ganz ausgezeichnete Sondernummer herausgebracht, in der sie vom Standpunkt des Reichsdeutschen aus die deutsche Frage in der von Deutschland abgetrennten und bei ihm verbliebenen „Ostmark“ nach historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten behandelt. Hervorragende Kenner und Anwälte ostdeutscher Volkstums und ostpreussischer Landes — u. a. Prof. Otto Hoesck, Prof. Fritz Braun, Prof. Schübe, unser Heimatdichter Franz Rückle — haben hier von Meinel und Danzig, Oberschlesien und Ostpreußen, Polen und dem Weichselstale lebensvolle Bilder gezeichnet, die von dem großen Kolonisationswerk vergangener Geschlechter, von der deutschen Not unserer Tage und der starken Heimatliebe Kunde geben, die immer in den Deutschen des Ostlandes lebendig bleiben soll.

Magdeburg ist die Stadt des deutschen „Magdeburger Rechts“, nach dem fast alle Städte Polens von Gnesen bis nach Zaleszki (früher Waldorf) am Dniepr ehemals gegründet wurden; wir freuen uns darum ganz besonders, daß dieses für Polen und seine deutsche Minderheit historisch bedeutungsvolle geistige Zentrum (das in der ersten Zeit der Christianisierung auch sein geistliches war) die alten Bindungen nicht vergessen hat. Wie die Polen in allen Ländern ein festes Band der gemeinsamen Sprache und Tradition umschließt, so wollen auch wir unseren sächsischen Landsleuten über die roten Grenzen hinweg und bei allem schuldigen Respekt vor diesen staatlichen Grenzen den freundschaftlichen Händedruck mit aufrichtiger Herzlichkeit zurückgeben. Wir wollen der „Magdeburger Tageszeitung“ für diesen Gruß doppelt dankbar sein, weil er in einer Zeit erscheint, in der manche von uns glauben, daß die Deutschen im Reich in ihrer eigenen Not für die Deutschen in Polen, mögen sie nun im ehemals preussischen Teilgebiet, oder in Kongresspolen, Galizien und Wolynien wohnen, keinen Raum mehr in ihrem Herzen haben. Wir erkennen mit Freuden: das ist nicht wahr!

Die Aufsätze der auch mit Bildern markanten Bandenmäler geschmückten Sondernummer sind von Reichsdeutschen, zum Teil von Emigranten geschrieben. Nicht alle vertragen sich mit dem Standpunkt eines polnischen Staatsbürgers deutscher Nation. Sie enthalten darum auch einige Sätze, die wir weder billigen, noch abdrucken können. Hier wird uns wieder deutlich nahegebracht, daß die Emigration der Hunderttausende eine nicht zu unterschätzende Belastung für den polnischen Staat bedeutet und keineswegs eine Entlastung, wie zahlreich, selbst führende Polen wännen, die in der Entdeckung und Polonisierung der westlichen Wojewodschaften ein wesentliches Fundament für die Stabilisierung der polnischen Staatsidee erbilden. Wer die Heimat verliert, sucht sie mit allen Mitteln wiederzugewinnen, vor allem dann, wenn ihn ein herbes Geschick in ein überdüffertes, unglückliches Land verweist. Auf jeder Seite der weisheitsreichen polnischen Geschichte wird die Wahrheit dieses Satzes bezeugt; soll sie allein für die deutschen Emigranten keine Geltung haben?

Besonders wertvoll erscheint uns in der besprochenen Artikelreihe ein lehrreicher Bericht von Ludwig Bernhart über die Polenpolitik Preußens, der nicht von den Gefühlen des heimatslosen Auswanderers, sondern lediglich von der Liebe des Wissenschaftlers zur objektiven Wahrheit diktiert wurde. Ludwig Bernhart ist Professor der Staatswissenschaften an der Berliner Universität. Seinem Scharfblick und genauen Quellenstudium, das durch persönliche Eindrücke mit deutschen und polnischen Führern des Wirtschaftslebens erleichtert wurde, verdanken wir das berühmt gemordene Werk über „die Polenfrage“ (Leipzig 1910), dessen Folgerungen im Spätjahr 1918 ihre genaueste Befolgung fanden. Wir geben im folgenden diesem Sachverständigen der preussischen Polenpolitik, der keineswegs deren blinder Anhänger war, das Wort:

Der politische Maßstab.

Ein kurzes Nachwort zur preussischen Polenpolitik.
„Die brutale Polenpolitik Preußens“, das ist der politische Maßstab für alle Nationalitätenkämpfe. Damit werden die Maßnahmen der Polen in Polen, die Rücksichtslosigkeiten der Italiener in Südtirol, die Härten der Tschechen in Reichenberg erklärt und entschuldigend. So gar vor den internationalen Gerichtshöfen in Genf und

im Haag ist das Schlagwort von der „preussischen Ausrottungspolitik“ gang und gäbe. Jedem Engländer, jedem Amerikaner, jedem Japaner, jedem Holländer hat sich dieser politische Maßstab tief eingepflanzt.

Gewiß, es geht den deutschen Minderheiten schlecht. Aber ging es den polnischen Minderheiten in Preußen nicht noch viel schlechter? Hatte doch Preußen drei mächtige Waffen gegen die Polen geschaffen: das Siedlungsgesetz von 1886, die Ansiedlungsnovelle von 1904 und das Enteignungsgesetz von 1908. Das sind die drei Gesetze, von deren Härte heute die Welt redet.

Weiß die Welt aber, daß diese drei Gesetze niemals zur Wirkung gekommen sind?

Der Beweis ist leicht zu erbringen: Auf das erste der drei Gesetze, auf das Gesetz, durch welches die preussische Ansiedlungskommission geschaffen wurde, antworteten die Polen sofort mit der Gründung der Bank Ziemski, bekannt unter dem Namen der polnischen „Retzungsbank“. — Die Sammlung von Kapital für das Verteidigungsinstitut wurde eine nationale Angelegenheit der polnischen Gesellschaft; aber trotzdem zeigte sich bald, daß weder die Geldmittel der Bank noch ihre Arbeitsmethode ausreichte, um der preussischen Ansiedlungskommission mit Erfolg entgegenzutreten. Schon in der Generalversammlung der Bank Ziemski vom 14. Juli 1888 kam eine verzeufelte Stimmung zur Geltung; der Aufsichtsrat trat zurück, „weil man unmögliche Dinge nicht zu vollbringen vermag“ (wörtlich aus dem Bericht des zurücktretenden Aufsichtsrates). Die Männer aber, die trotzdem in der Leitung der Bank Ziemski ausharrten, brachten die Bank in wenigen Jahren an den Rand des Abgrundes.

Jedoch gerade im kritischen Augenblick kam den Polen eine unerwartete Hilfe: Die polnische Ansiedlungsbank erhielt Kredit vom — preussischen Staat!

Am 19. Januar 1892 wurde das sensationelle Schauspiel gegeben: Der Direktor der Bank Ziemski hatte etwa hundert polnische Grundbesitzer im Hotel de Berlin zu Posen versammelt. An ihrer Spitze der Rittergutbesitzer Szuldrzynski, einer der bedeutendsten Führer der Polen im Kampf um den Boden. Auf besondere Einladung erschien in dieser Versammlung mit Genehmigung der preussischen Regierung der preussische Spezialreferent für Rentengutskolonisation: Oberregierungsrat Andressen. Durch seinen Mund erklärte sich die preussische Regierung bereit, den Polen bei der Schaffung von Siedlungen Kredit durch die staatlichen Rentenkassen zu gewähren, und zwar in der sehr günstigen Form von $\frac{2}{3}$ proz. entzinsten Rentenkrediten.

Damit waren die polnischen Ansiedlungsbanken von der Gefahr befreit, an Kapitalmangel zu Grunde zu gehen. — Wie wirkungsvoll die preussische Kredithilfe war, zeigte sich sofort im Kreise Thorn. Auf diesen Anfang folgten andere Erfolge. Die polnische Retzungsbank ging also Hand in Hand mit der preussischen Regierung bei der Schaffung polnischer Siedlungen!

Bier Jahre währte diese gemeinsame Arbeit, und als dann das Band zerriß, waren die Polen über die Anfangs-schwierigkeiten hinweg und hatten ihre Methoden so entwickelt, daß sie nunmehr der Ansiedlungskommission durchaus gewachsen waren. Am Jahre 1904 erfolgte der zweite Schlag der preussischen Gesetzgebung gegen die Polen: die Ansiedlungsnovelle, welche der Regierung die Macht gab, jedem Polen, der sich ein Stück Land gekauft hatte, den Bau eines Wohnhauses zu verbieten.

Damit war scheinbar den Polen jede Kraft im Kampf um den Boden genommen. Denn was nützte ihnen der Ankauf von Land, wenn sich niemand darauf eine Hütte bauen durfte.

Jedoch wenige Monate später spazierte die Bank Ziemski durch eine Lücke der Ansiedlungsnovelle, indem sie das Gut Kempa im Kreise Samter teils unter Benutzung alter Justhäuser aufstellte, teils an Objekten parzellierte. Und als der Regierungspräsident die Genehmigung verweigerte, weil das ganze Unternehmen nichts anderes sei als eine Umgehung des neuen Gesetzes, erhob ein kleiner polnischer Ackerwirt (unterstützt von der Bank Ziemski) Klage gegen den Regierungspräsidenten von Posen.

Jetzt — so schrieben die Polen — müsse es sich entscheiden, ob es noch Richter in Berlin gebe.

Wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Falles sandte damals der Minister des Innern einen Kommissar in die mündliche Verhandlung, die am 5. Oktober 1905 vor dem Obergericht in Berlin stattfand. Das preussische Gericht erkannte, daß es den Ausführungen des Regierungsvertreters nicht folgen könne, sondern dem Antrag des polnischen Ackerwirtes stattzugeben habe.

Mit Hilfe dieser Entscheidung des preussischen Obergerichtes haben die Polen alsdann die Ansiedlungsbeschränkungen des Gesetzes tatsächlich illusorisch gemacht und sind von Erfolg zu Erfolg geschritten.

Schließlich aber holte der preussische Staat zum letzten Stroh aus, indem er im Jahre 1908 das Enteignungsgesetz erließ.

In der ganzen Welt war man der Meinung, jetzt seien die Polen verloren, und von Tag zu Tag erwartete man den Beginn einer langen Reihe von Expropriationen. Jedoch das Jahr 1908 verging, ohne daß ein Gut versteigert wurde, das Jahr 1909 verging, das Jahr 1910, das Jahr 1911; die preussische Regierung machte von dem Gesetz keinen Gebrauch. Schließlich im Jahre 1912 wurden vier kleine polnische Güter im Gesamtumfang von 1652 Hektar enteignet, und zwar gegen eine Entschädigung, die höher war als der sehr hohe Marktpreis, der für gleichartige Güter damals gezahlt wurde.

Nach dieser bescheidenen Demonstration hat keine Enteignung mehr stattgefunden. Den Polen hat jenes berüchtigte Gesetz also niemals wehe getan. Die Polen haben sich im Gegenteil unter dem Schutze deutschen Rechts nicht nur behauptet, sondern auch entwickeln können. Sogar in den Jahrzehnten der schärfsten Polenpolitik (1896—1913) sind nicht die Polen von den Deutschen, sondern umgekehrt die Deutschen von den Polen zurückgedrängt worden!

Im Regierungsbezirk Posen verloren die Deutschen in jenen Jahrzehnten 21 000 Hektar im Regierungsbezirk Bromberg 31 000 Hektar im Regierungsbezirk Danzig 20 000 Hektar im Regierungsbezirk Marienwerder 26 000 Hektar
Zusammen gewannen also die Deutschen, obwohl in den beiden Provinzen die mächtige Ansiedlungskommission wirkte, nicht einen Fußbreit Boden, sondern der deutsche Grundbesitz verringerte sich sogar um 98 000 Hektar. Rechnet man hinzu die Erweiterungen der Polen in den Nachbarprovinzen, so ergibt sich ein deutscher Gesamtverlust von mehr als 120 000 Hektar!

Soviel gewannen die Polen in einer Zeit, in der sie angeblih verdrängt und vernichtet wurden! Zugleich fasten die Polen unter dem Schutze der preussischen Gerichte alle ihre wirtschaftlichen Kräfte zu einer Einheit und Macht zusammen, wie sie die Polen unter eigenen Gesetzen und im eigenen Staat niemals vorher erreicht haben.

Der deutsch-polnische Nationalitätenkampf war also kein Vernichtungskampf gewesen, sondern hatte sich innerhalb der Grenzen von Recht und wirtschaftlicher Ordnung abgepielt. Die Polen in Preußen sind aus kleinen und — wie ihre eigenen Geschichtsschreiber anerkennen — schlechten Verhältnissen zu einer bedeutenden wirtschaftlichen Höhe emporgewachsen. Der preussische Staat, der vor 150 Jahren einen Teil des zerfallenen polnischen Reiches übernahm, kann daher auf die Frage, wie er das ihm von der Geschichte anvertraute Gut verwaltet hat, getrost Rede und Antwort stehen.

Ob die Staaten, die heute deutsche Minoritäten in ihren Grenzen haben, wohl ebenso vor der Weltgeschichte bestehen werden?

Nachklänge zur Rigaer Konferenz.

Wir haben gestern die Erklärungen des estnischen Außenministers Pellat an Revaler Pressevertreter wiedergegeben, der von der „kühlen Atmosphäre“ sprach, die in Riga durch das Fernbleiben Sandas hervorgerufen wurde. Diese Kritik wird von der polnischen Linkspresse lebhaft kommentiert.

„Die Behauptungen Pellats“ — schreibt der sozialistische „Robotnik“ vom 17. d. M. — legen auf das deutlichste klar, daß die Abwesenheit unseres Außenministers von Riga von den baltischen Staaten angesehen wurde als der „neue Kurs“ der polnischen Politik, als die Tendenz, den Märzvertrag mit diesen Staaten, wenn nicht aufzulösen, so doch als eine nebenläufige, zweitrangige Frage zu behandeln. Die Nationaldemokraten haben nie übermäßige Sympathien für die baltischen Staaten bewiesen; wegen ihrer Aspirationen sind sie ihnen zu klein, wegen ihres Antisemitismus sind sie ihnen unangenehm. Aus Not haben sie sich in ein Bündnis mit diesen Staaten eingelassen; dafür aber wollen sie nichts über den Eintritt Litauens in dieses Bündnis hören. Diese litauische Bücke, ohne welche es kein dauerhaftes Bündnis der baltischen Staaten gibt, ist für die Nationaldemokraten das Fensterchen, durch welches sie Sowjetrußland zulächeln, dem „dritten Rußland“ liebevoll entgegenzusehen.“

Nach ähnlichen Ausführungen gelangt der „Kurier Poranny“ ebenfalls zum polnisch litauischen Problem, das der Mittelpunkt der polnischen Politik im Baltikum darstellen soll. Die Ausführungen gipfeln in der Besprechung von zwei Dokumenten, die für Polen nichts weniger als angenehm sind. Litauen, das sich im Kriegszustand Polen gegenüber betrachtet, hat in Prag einen regelrechten Minister als Gefandten beglaubigt. Die Rede, die vor einer Woche der neue litauische Diplomat Dr. Dewas Jauris vor dem Präsidenten Masaryk hielt, als er diesem seine Beglaubigungsschreiben überreichte, enthält Stellen, die unverhüllt gegen den polnischen Nachbarn gerichtet sind. Am offensichtlich ist wohl jene Ausrufung, die auch der „Kurier Poranny“ unterstreicht und in der, im Gegensatz zur Tschechoslowakei, der litauische Staat als jener geschildert wird, „dessen endgültige Aufgaben noch der Durchführung harren“. Präsident Masaryk antwortete mit sehr warmen Wünschen für die Zukunft der litauischen Republik. Der „Kurier Poranny“ betitelt seinen Leitartikel: „Ein tschechisch-litauisches Offenbündnis gegen Polen.“ Wenn auch dieser Titel übertrieben ist, so muß doch festzustellen werden, daß der warme Ton der angeführten Reden sicher zu jener lauen Reihe von Kundgebungen gehört, durch welche der tschechische Außenminister Beneš auf die Reden seines polnischen Kollegen geantwortet hat. Die überaus freundliche Aufnahme, die dem unverschämten Feind Polens in Prag bereitet wurde, ist ebenso auf die Politik Beneš' zurückzuführen wie auch die Tatsache, daß die Sinaja-Konferenz vom 28. Juli ohne die Teilnahme eines polnischen Vertreters stattfindet.

Premier Witos über Oberschlesien und Danzig.

In der Unterredung, die Ministerpräsident Witos dem Sonderberichterstatter des Temps gewährte, sprach der Premier auch über Oberschlesien und Danzig.

Über Oberschlesien sagte er folgendes: „Die Teilung Oberschlesiens, die sich auf Grund der Abstimmlung vollzog und von der Botshafterkonferenz endgültig sanktioniert wurde, war für Deutschland, besonders für gewisse deutsche Kreise eine wirkliche Überraschung. Die Deutschen vertrauten auf den Erfolg ihrer Propaganda, die sie lange Jahre hindurch betrieben, und rechneten ganz und gar nicht mit der tatsächlichen Stimmung der schlesischen Bevölkerung, die patriotisch ihre polnischen Traditionen bewahrte und ihnen in der Abstimmlung völligen Ausdruck gab. Wir wissen, daß die Abstimmlung, besonders im südlichen Teile Oberschlesiens, ein vortreffliches Resultat zugunsten Polens hatte. Der Teil Oberschlesiens, in dem die polnische Verwaltung eingeführt wurde, hat nach der stürmischen Periode nach der Nachabstimmung den Weg friedlicher Entwicklung betreten und befindet sich in völlig zufriedensstellendem Zustande. Die Ruhrbesetzung hat Deutschland seines größten Kohlenreviers beraubt. Da sich der überwiegende Teil der Mineralische Oberschlesiens in dem Polen anerkannten Gebiet befindet ist es auch kein Wunder, daß die Aufmerksamkeit der ganzen Industriewelt auf unser Land gerichtet ist. Nach der endgültigen Festsetzung unserer Ditzgrenzen ist auch die Festlegung der deutsch-polnischen Oberschlesien-grenze erfolgt. Diese Ereignisse haben unter der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens lebhaften Widerhall gefunden.“

In der Danziger Frage erklärte der Ministerpräsident folgendes: „Unser Verhältnis zu der Freistadt Danzig wird von traditionellen Gefühlen des Wohlwollens und der Sympathie gelebt. Von der Zeit, da die neue Ara entstand, die unsere Interessen unmittelbar mit dieser Stadt verband, hielt es Polen für seine Pflicht, seine Verpflichtungen gegenüber Danzig gewissenhaft innezuhalten, aber

die Regierung Danzigs versucht, unter Vernachlässigung des Wirtschaftsinteresses und der Rolle, die der eigentliche Sinn des Vertrages für die Stadt bestimmte, sich den übernommenen Verpflichtungen zu entziehen. Im Namen der „Unabhängigkeit und Souveränität“ beachtet die Danziger Regierung nicht die berechtigten Forderungen Polens. Heute, wo die Lebensbedingungen für die Träger unseres Landes, die in Danzig wohnen, immer schwieriger geworden sind, da unsere Landleute ausgewiesen werden, da so viel Schwierigkeiten in der Benutzung des Hafens bereitet werden, wollen wir unter Anlehnung an die Beschlüsse des Versailler Vertrages und den einmütigen Beschluß unseres Parlaments, glauben, daß die Regierung der Freistadt Danzig endlich einsehen wird, daß das Recht auf unserer Seite ist und die Danzig zustehende Freiheit auch Polen zuteil werden muß.“

Optimismus in London.

Kompromiß-Stimmung. — Benešs guter Rat.

Aus London wird berichtet: In dem Bemühen, mit Frankreich so lange wie irgend möglich gemeinsam vorgehen zu können, tritt jetzt wieder die Frage des passiven Widerstandes sehr in den Vordergrund. Man will versuchen, auf Deutschland einen Druck auszuüben, um Bestimmungen in Frankreich möglichst beiseite zu lassen (natürlich auf Kosten Deutschlands). Man gibt sich aber keinem Zweifel darüber hin, daß auch Frankreich sich entschließen möchte, für den Abbau des passiven Widerstandes Konzessionen zu machen und vor allen Dingen sich für die Annahme eines Schiedsspruchs einer internationalen Sachverständigenkonferenz zu erklären. Jedoch sind die Aussichten auf eine solche Lösung, wie sie ja mit allen Mitteln durch England betrieben wird, sehr gering.

Diese pessimistische Stimmung wird noch durch die Erklärung des tschechischen Außenministers Dr. Beneš bestärkt, der erklärte, daß eine Verständigung zwischen Frankreich und England so gut wie ausgeschlossen erscheint und er der englischen Regierung den Rat gebe, ein Sonderangebot an Deutschland zu richten.

Die Unterzeichnung des Lausanner Friedens.

Lausanne, 17. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Es bestätigt sich, daß die Unterzeichnung des Friedens von Lausanne auf den 24. Juli festgelegt worden ist.

Rußland und Lausanne.

Lausanne, 17. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Lausanner Friedenskonferenz hat die Sowjetregierung telegraphisch aufgefordert, nach Lausanne eine Abordnung zur Unterzeichnung des Meerengenabkommens zu entsenden oder binnen drei Wochen das in Frage kommende Protokoll zu unterzeichnen.

Mussolinis Wahlreform angenommen.

Mussolinis Wahlreform, die dem Faschismus auch die parlamentarische Macht in Italien bis auf weiteres sichert, wurde am Montag in der römischen Kammer mit 235 gegen 139 Stimmen bei 77 Stimmenthaltungen angenommen. Ein Vertrauensvotum, das Mussolini erbitten hatte, wurde ihm mit 303 gegen 140 Stimmen bewilligt.

BombenerploSION?

Aus Bochum wird dem „Berl. Tagebl.“ von seinem Berichterstatter mitgeteilt: Im Stadtfreis Weidmar haben die Franzosen einen Wagenpark angelegt, in dem alle beschlagnahmten Kraftwagen untergestellt wurden. In diesem Wagenpark ist angeblich am Sonntag nachmittag eine Bombe explodiert, die großen Schaden angerichtet haben soll. Daraufhin wurde über Bochum der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Der Verkehr nach der Stadt ist unmöglich, da alle Ausgänge besetzt sind. Die Straßenbahn darf nur bis zur Stadtgrenze verkehren. Es ist bisher nicht nachzuprüfen, ob sich die Explosion tatsächlich ereignet hat.

Nach französischen Angaben soll in der Nacht vom 14. zum 15. Juli angeblich von einem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen aus ein Sprengkörper auf den großen Schuppen des Kraftwagenparks geworfen worden sein, wodurch großer Sachschaden entstand. Unmittelbar nach dem angeblichen Attentat verhafteten die Franzosen eine Anzahl deutscher Männer und Frauen aus den in der Nähe liegenden Häusern und die Gäste aus einer in der Nachbarschaft befindlichen Gastwirtschaft.

Von weitem ist irgendeine Beschädigung an der Halle nicht zu erkennen. Auch wissen die Anwohner, soweit sie gefragt wurden, nichts von Explosionen zu erzählen. Es scheint von den Franzosen außer acht gelassen zu sein, daß es fast unmöglich ist, von der elektrischen Straßenbahn aus einen Sprengkörper auf die Halle zu werfen und daß vielmehr die Explosion eines Benzindehalters von den Franzosen als Explosion einer Sandgranate oder Bombe angesehen wurde.

Frankreich und Italien.

Das neue französische Gesetz, wodurch die in Tunis ansässigen Europäer in der dritten Generation französisieren werden, erregt in Italien große Unzufriedenheit, die angesichts der hunderttausend Köpfe starken italienischen Kolonie in Tunis wohl begründet ist. Nach dem „Messaggero“ wird Italien am Dual d'Oran protestieren. Die Presse hebt hervor, daß Frankreich gar nicht berechtigt sei, über die juristische Stellung der Fremden in Tunis Gesetze zu erlassen, da Tunis keine Kolonie, sondern ein Protektorat sei.

Die „Evoca“ weist darauf hin, daß die Abstimmlung zusammen mit den Erklärungen Poincarés über die Balkan- und Adriapolitik Frankreichs, in denen Poincarés verspricht, die jugoslawischen Rüstungen gegen Bulgarien finanziell zu fördern. Die Wahrheit sei dagegen, daß die von Frankreich unterstützten jugoslawischen Rüstungen gegen Italien bestimmt seien.

Gunos Bottschaft an Amerika.

Anläßlich der Ankunft des Dampfers „Albert Hall“ in New York drückte Reichszentraler Dr. Gunno in einer an den Präsidenten der United American Line Harris gerichteten Mitteilung die Hoffnung auf einen zusammenhängenden wirtschaftlichen Austausch zwischen Europa und Amerika aus.

Ein Ausweg aus dem Finanzelend?

Die „Pozener Neuzeit“ erörtert in einem Leitartikel vom 15. d. M. folgendes Projekt zum Aufbau unserer Finanzwirtschaft, das übrigens — analog — auch im Deutschen Reich während des Weltkrieges erörtert wurde. In diesem Aufsatz wird u. a. geschrieben:

„Wie jetzt auch endlich behördlich zugegeben wird, beträgt der Schaden, welcher dem Gnesener Domstich durch den raffinierten Raub erwachsen ist, mindestens 100 Millionen Goldmark! — Eine sehr anständige Summe! Sie würde hinreichen — nach Ansicht des „Kurjer Poznański“ — um den polnischen Staat mit einem Schlag von seiner Schuldenlast zu befreien. Die Republik Polen hätte demnach die Möglichkeit, um für seine Finanzwirtschaft einen Wanderspruch in Auftrag zu geben, auf welchem die Worte verzeichnet stehen: „Per aspera ad astra“! Wir denken nicht daran, etwa den Gedanken zu protegieren, daß dem Staat das Recht zuerkannt werden darf, die fabelhaften Gold-, Edelstein- und Silberbestände, über die doch manche Kirchen unzweifelhaft das Verfügungsrecht ausüben, im Interesse der höchst dringenden Markthöherwerter zu erfassen. Eine gewalttätige Enteignung eines Eigentums, dessen Besitzrecht privatrechtlich unzweifelhaft feststeht, ist verwerflich. Anders eine freiwillige Aktion. Wir haben erfahren, daß allein die Schätze, welche durch ein Auto dem Dom zu Gnesen entführt wurden, genügen würden, um dem polnischen Staat seine gesamten Schuldenlast abzunehmen. Der Billionenraub in Gnesen hat gezeigt, welche kolossalen Werte bei uns starr schlummern. Der Patriotismus müßte eigentlich das Entschließen begären, derartige staatsrettende Juwelen dem Entwertungsfonds zuzuführen unter vernünftiger Berücksichtigung kulturhistorischer und religiöser Einwendungen. Aber selbst dies wäre nicht erforderlich: Wären die ungläublichen Schätze, die in den Kirchen Polens gehütet werden, nicht ideale Pfandobjekte, um mit deren Unterstützung den finanzpolitischen Aufbau auf die Beine zu bringen? — Jetzt sind einige verwegene Verbrecher mit Werten, die das polnische Finanzelend mit einem Schlag hätten aus der Welt schaffen können, in einem Kraftwagen davon gejagt; ob es gelingen wird, ihrer je habhaft zu werden, ist sehr zweifelhaft.“

Die finanzielle Krise der Städte in Polen.

Ein Vertreter des „Dziennik Poznański“ hatte dieser Tage mit dem Vizepräsidenten von Polen, Dr. Kiedacz, eine Unterredung über die augenblickliche finanzielle Krise der Städte in Polen. Auf die Frage, welches die Folgen dieser Krise sein würden, und ob man auf eine Besserung rechnen könnte nach Einführung des Gesetzes über die vorläufige Regulierung der kommunalen Finanzen, äußerte sich Dr. Kiedacz in interessanter Weise wie folgt:

Was die Ursachen der Krise anlangt, so sind sie zweierlei Art: sie resultieren aus der Änderung der Verfassung und aus der Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Bisher stützten sich die Einkünfte der Selbstverwaltungen auf die staatlichen Steuern. Das preussische Gesetz über die Gemeindesteuern vom 14. Juli 1893 sicherte den Städten außer den indirekten Steuern vom Bier, vom Vergnügen, von Jagdscheinen und von der Umsatzsteuer usw., die Grund-, Gebäude- und Einkommensteuer. Das waren die wichtigsten Einkommensquellen, und in allen Gemeinden deckten sie ganz die steuerlichen Bedürfnisse. In der Stadt Posen ergingen diese Steuern 5 Millionen Goldmark, wovon zwei Millionen auf die Grund- und Gebäudesteuer und der Rest auf die Einkommensteuer entfiel. Infolge des Niederganges der Valuta und infolge des Wirtenschaftsrechtes, meinte Dr. Kiedacz weiter, spielen die Grund- und Einkommensteuer, abgesehen wie weiter erhoben werden, in der Rechnung fast gar keine Rolle. Diese Tatsache beleuchtet folgendes Beispiel:

In dem Posener Etat für das laufende Jahr beträgt der Steuerbedarf 19 Milliarden Mark, und in dieser Summe sind die Grund- und Gebäudesteuern kaum mit 100 Millionen veranschlagt; prozentual ausgedrückt beträgt die Grundsteuer 4 Prozent des allgemeinen Steuerertrags und die Gebäudesteuer kaum 0,97 Prozent. Was die Einkommensteuer anlangt, so macht die Entwertung der Mark alljährlich eine Änderung der Aufstellung nötig, was wiederum mit Rücksicht darauf, daß der Sejm das entsprechende Gesetz sehr spät beschließt, mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist. Das Gesetz über die Einkommensteuer für das Jahr 1923 ist bereits im Sejm und Senat verabschiedet, aber bis jetzt ist es nicht im Amtsblatt (Dziennik Urzędowy) veröffentlicht, und man kann deshalb nicht in die Arbeit eintreten. Jetzt ist es schon Juli, und man kann sich vorstellen, welches Chaos dadurch in den städtischen Finanzen hervorgerufen wird, da dadurch die wichtigste Einnahmequelle der Städte in ihrer Auswirkung gehemmt ist. Bis zum heutigen Tage ist die Stadt Posen mit Ausnahme der indirekten Steuern nicht imstande, irgendwelche größeren Steuern einzubringen.

In die Einführung der Einkommensteuer für das Jahr 1922 konnte erst Mitte Mai eingetreten werden. Kann eine rationelle Finanzwirtschaft in den Städten bestehen, wenn man im Laufe des Jahres Ausgaben machen muß und die Steuerummen zu ihrer Deckung bei ständigem Marktentwertung erst einlaufen ein halbes Jahr nach Abschluß des Budgetjahres? Überdies schließt das sogenannte polnische Gesetz über die Einkommensteuer, das in den anderen Teilgebieten Polens gültig ist, die Möglichkeit der Erhebung der Einkommensteuer zugunsten der Städte aus. Die Lage der Städte in den anderen Teilgebieten ist noch schlimmer. Bei uns ist das polnische Gesetz über die Einkommensteuer dank der Bemühungen der Selbstverwaltungsvertreter nicht in Kraft getreten, insofern besteht die Gefahr weiter, da das Gesetz eine Vorschrift enthält, wonach der Finanzminister im Einverständnis mit dem Minister des Innern das Gesetz im Wege einer einfachen Verordnung auch in unserem Teilgebiet in Kraft setzen kann. Die Folge davon ist, daß die Selbstverwaltungen und besonders die Städte ihre Zukunft nehmen mußten zu den verschiedenen Einkommensquellen, die weder vom Standpunkt der Finanztheorie begründet sind noch gerechtfertigt werden durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, so daß viele Steuern der Selbstverwaltungen in den anderen Teilgebieten Polens sich für die Bevölkerung als eine sehr schwere Last erwiesen. Die Städte, namentlich die größeren, begannen, da sie wegen der bestehenden Verhältnisse größere rationelle Einkommensquellen nicht besaßen, ihre Zukunft zu nehmen zu Anleihen beim Staatsschatz, und tatsächlich haben sie von diesen Anleihen gelebt und leben davon noch heute. Sogar die Stadt Posen, die einer solchen Finanzwirtschaft und solchen Anleihen und Subventionen sich am längsten widersetzte, mußte im Laufe dieses Jahres dem Beispiel anderer Städte folgen.

Um diesen beklagenswerten Verhältnissen ein Ziel zu setzen und um im übrigen das Steuersystem der Städte auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen und den Städten größere Steuerstellen abzutreten, hat das Finanzministerium im Oktober v. J. über die Finanzen der Selbstverwaltungen Studien angestellt und hat nach einer Reihe von Konferenzen, an denen die bedeutendsten Selbstverwaltungsbeamten teilnahmen, ein Gesetz über die vorläufige Regelung der kommunalen Finanzen ausgearbeitet. Der Entwurf befindet sich vorläufig in der Finanz- und Budgetkommission und es kann sein, daß er während der Sommer Session des Sejm Ende Juli verabschiedet werden wird.

Auf die Frage des Interviewers, ob das neue Gesetz zur Besserung der gegenwärtigen Verhältnisse auf dem Gebiete der städtischen Finanzen beitragen werde, antwortete Dr. Kiedacz, daß er daran nicht zweifle. Das neue Gesetz gestattet nach seinen formalen Vorschriften den Stadtvorständen die Erhebung folgender Steuern: der Grund- und Gebäudesteuer, der Steuer von Lokalen, von Handel und Gewerbe, es vergrößert den Anteil der Selbstverwaltungen an der Einkommensteuer, gestattet weiter die Erhebung von Zuschlägen von den staatlichen Konsumsteuern und die Besteuerung des Konsums von solchen Gegenständen, die nicht der staatlichen Konsumsteuer unterliegen. Außerdem nimmt das Gesetz zugunsten der Selbstverwaltungen noch folgende Steuern in Aussicht: von Verträgen, von Verkäufen von Immobilien, von Wechselprozenten, von Erbschaften und Schenkungen, von Plakaten, Firmenschildern und Annoncen, ferner von Vergünstigungen und Schaustellungen und von Jagdscheinen. Außerdem gestattet das Gesetz mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde die Erhebung auch anderer Steuern, die nicht in dem Art. 24 des Gesetzesentwurfs enthalten sind.

Zuletzt sind 13 Artikel des Gesetzesentwurfs schon durchberaten, und gerade in dem letzten Artikel hat man eine Änderung vorgenommen, die den Selbstverwaltungen nicht zum Vorteil gereicht. Dieser Artikel behandelt die Konsumsteuer. Der Regierungsentwurf gestattete den Selbstverwaltungen die Erhebung eines Prozentsigen Zuschlages zu diesen Steuern; die Kommission begrenzte dieses Recht auf 15 Prozent. Diese Tatsache veranlaßte die Posener Stadtvertretung zur Annahme der bekannten Resolution. Wir halten es für durchaus notwendig, daß der Artikel 13 den ursprünglichen Wortlaut wieder erhält, da nur dann diese Steuerquelle ergiebig genug sein und eine Verteilung der Einkünfte zwischen den Städten und den Kreisen in Einklang mit ihren Bedürfnissen ermöglichen wird.

Auf die Frage des Besuchers, was die Vertreter der Selbstverwaltungen in dieser Beziehung zu tun gedenken, antwortete Dr. Kiedacz: Am 10. d. M. hielten wir in dieser Angelegenheit mit den orksanistischen Abgeordneten und Senatoren eine Konferenz ab, in der wir die Notwendigkeit betonten, das Gesetz so schnell als möglich in der nächsten Sejm Session zu verabschieden, und besonders, daß mit der Verabschiedung dieses Gesetzes es den Selbstverwaltungen ermöglicht wird, neue Gewerbesteuern zu erheben, wodurch den Gemeinden eine wichtige Einnahmequelle eröffnet wird. Unabhängig jedoch von der Verabschiedung des Gesetzes über die vorläufige Regelung der Selbstverwaltungsfinanzen, so schloß Dr. Kiedacz, sind wir der Ansicht, daß die Selbstverwaltungen es auch weiter als einen sehr großen Mangel empfinden werden, solange die Regierung und der Sejm nicht zu der Überzeugung kommen, daß man den Städten in ganz Polen die Erhebung von Zuschlägen zur Einkommensteuer gestatte.

Der Islam erwacht!

Es ist sehr interessant, die Schilderung zu lesen, die Arnold J. Toynbee in der Londoner Wochenschrift „The Nation and The Athenaeum“ von seinen Eindrücken in Angora gibt. Seine Eindrücke faßt er in folgende Sätze zusammen:

„In einem ist uns Angora voraus. Die Führer der türkischen nationalistischen Bewegung kennen den Westen. Sie sprechen alle eine oder mehrere europäische Sprachen. Die meisten von ihnen haben in Europa oder in den Vereinigten Staaten studiert, und als Abschluß ihres Studiums haben sie ein oder zwei Jahre Gefangenhaft auf Malta oder die militärische Besetzung von Konstantinopel durch die alliierten Truppen mitgemacht. Auf alle Fälle haben sie uns kennen gelernt und etwas von uns gelernt, während wir in dieser Beziehung nichts getan haben. Denn — seien wir ehrlich — wie stellt sich im allgemeinen der gebildete Westeuropäer zu den Umwälzungen im Osten während des letzten Jahrzehnts? Wir haben größtenteils überhaupt keinen Anteil daran genommen, und wenn wir uns mit den Dingen beschäftigten mußten, entsprang, was wir dachten und taten, aus Hochmut und Vorurteil und ließ die Objektivität und den Weitsicht echter Staatskunst nur allzusehr vermissen.“

Die Ausführungen des Engländers gipfeln in einer ersten Warnung: „Läuschen wir uns nicht. Das uns sichtbare Reich von Angora erstreckt sich über weite Länderstrecken des Ostens, die auf unseren englischen Karten noch rot gezeichnet sind, und die revolutionäre Bewegung ist nicht nur ein lokales Erdbeben des anatolischen Plateaus. Eine tiefgehende Umwälzung hat den gesamten islamitischen Osten seiner ganzen Länge und Breite nach ergriffen. „Sehen Sie, was unsere Soldaten für prächtige Kerle sind“ — sagte ein Jnder zu mir und zeigte auf eine Abteilung türkischer Truppen, die durch die Straßen von Angora marschierten; das „unere“ war ihm unwillkürlich entfahren. Jnder, Afghänen, Ägypter und Araber — sie sind alle in Angora vertreten. Sie hören hier die neue Botschaft: daß sich die Zeiten gewandelt haben, daß der Westen nicht unbeflegbar ist, daß die Porten der Hölle den Islam nicht überwinden werden und daß nicht eher Friede sein wird mit Frankistan dem „Abendland“, bis der Osten als gleichberechtigt anerkannt sein wird.“

Republik Polen.

Ein Exposé Witos' wird angekündigt.

In politischen Kreisen in Warschau kursiert das Gerücht, daß in der kommenden Sejm Session der Premierminister Witos ein Exposé über die innere Situation des polnischen Staates halten, und die Stellung der Regierung genau umschreiben wird.

Eine Entscheidung Calonders.

Der Präsident der Gemischten Kommission für Oberschlesien, Bundesrat Calonder, fällte seine erste Entscheidung in einer deutsch-polnischen Streitsache. Es handelt sich um die Schulverhältnisse für die Minderheit in der in Dü-Oberschlesien gelegenen Kreisstadt Rybnik. Die Entscheidung des Präsidenten spricht sich ungewissenheit zugunsten des beschwerdeführenden deutschen Schulvereins aus und weist den vorläufigen Entscheid des polnischen Minderheitsamtes als irrig zurück. In den Ausführungen Calonders wird das Verhalten der Rybniker Ortsbehörden gegenüber der deutschen Minderheitsschule mißbilligt. Die Behörden werden verpflichtet, für die von ihnen aufgehobene Schule entweder das frühere Gebäude wiederherzurichten oder ihr andere gleichwertige Räume zu geben.

Besuch polnischer Offiziere in Rumänien.

In den nächsten Tagen werden einige hundert polnische Offiziere Rumänien besuchen. Die Einladung ging vom König von Rumänien anlässlich seines letzten Besuchs in Warschau aus. Es werden Vertreter der aktiven Offiziere von 37 Regimentern teilnehmen, insgesamt 300 Offiziere unter Führung des Generals Rozwadowski, der der Generalinspekteur der polnischen Armee ist. Die Ankunft in Rumänien ist auf den 2. August bestimmt. Dieser Besuch polnischer Offiziere in Rumänien hängt aber auch mit den militärischen Abmachungen zwischen Polen und Rumänien zusammen.

Für eine größere Getreideausfuhr aus Polen

trat laut „Austr. Kurz. Codz.“ in einer unter seinem Vorsitz veranstalteten Konferenz aller Parteien und von Vertretern der Landwirtschaft und des Landwirtschaftsministeriums der Senatmarschall Trampeykowski unter allgemeiner Zustimmung der Versammlung ein. Gegenwärtig wird amerikanisches Mehl in Polen verwendet, das sich dreimal so teuer als das inländische stellt, während Tausende von Waggons mit polnischem Getreide wegen des Mangels an Käufern in den Magazinen lagern. (Die ganze Meldung erscheint etwas unklar.)

Deutsches Reich.

Großdeutsche Rundgebung des burlenländischen Landtags.

Aus Eisenstadt wird gemeldet: Vom Burgenländischen Landtag wurde an Stelle des hiesigen Landeshauptmanns Rausnig der Großdeutsche Professor Dr. Wahlheim, zum Landeshauptmann gewählt. In seiner Antrittsrede erklärte er u. a.: Wir richten unseren Blick auf das große Deutsche Reich und gedenken unserer Brüder in ihrer schwersten Bedrängnis. Wir hoffen, daß der Tag nicht fern ist, an dem das Burgenland und die Republik Österreich mit dem Mutterlande vereinigt werden.

Die deutsch-russischen Verhandlungen.

Halbamtlich wird aus Berlin mitgeteilt: Die deutsch-russische Kommission für die Ausgestaltung des Rapalovertrages hat die erste und zweite Lesung des Konventionstextes beendet, wobei mit Ausnahme weniger Punkte zwischen beiden Teilen Einverständnis erzielt worden ist. Sie wird jetzt eine Pause in ihren Verhandlungen eintreten lassen, die durch die Notwendigkeit der Einholung von Instruktionen aus Moskau bedingt ist. Nach dieser Unterbrechung werden die Verhandlungen in Berlin fortgesetzt werden. Der bisherige Verlauf berechtigt zu der Erwartung, daß über die noch offenen Fragen ohne Schwierigkeiten eine Einigung erzielt werden wird.

Erzbischof Soederblom — Ehrenbürger der Universität Halle.

Bei der Stiftungsfeier der Universität Halle verkündete der Rektor, daß der Senat den Erzbischof der evangelisch-lutherischen Kirche Schwedens, Dr. Nathan Soederblom in Upsala zum Ehrenbürger der Universität Halle-Wittenberg ernannt hat. Der hervorragende Führer der protestantischen Einheitsbewegung der Gegenwart, der vor wenigen Wochen zum Ehrendoktor der englischen Universität Oxford ernannt wurde, ist durch sein Auftreten gegen Poincarés Ruhrpolitik von neuem in den Vordergrund des Interesses gerückt.

Für die evangelischen Bürger Polens wird der Name Soederblom immer mit der Erinnerung an das denkwürdige Konzil von Upsala (1921) verbunden bleiben, in dem sich der Erzbischof als neutraler Schiedsmann und Mittler um die Einigung der vier protestantischen Kirchengemeinschaften Polens bemühte.

Der Ausbau von Wasserstraßen in Polen.

Im Mai dieses Jahres wurde in Warschau eine Gesellschaft unter dem Namen „Das Baltische-Schwarz-Meer-Syndikat“ für Polen gegründet, die sich zur Aufgabe stellte:

1. Die Dniep mit dem Schwarzen Meere durch eine Polen durchquerende weitverzweigte Wasserstraße zu verbinden.
2. Den Ausbau eines Kanals für Kohlentransporte von Schlesien nach Pody und Danzig mit Abzweigungen nach Warschau und Posen.
3. Den Ausbau eines Meerkanals: „Dirschau-Dniep“ mit einem Meereshafen in Dirschau als Abschluß der Wasserstraße Schlesien-Danzig.

Die Gesellschaft soll die Vorarbeiten für diese Pläne in die Hand nehmen und die Pläne auch publizistisch im In- und Ausland propagieren. Darauf soll eine Aktiengesellschaft ins Leben treten, an der auch ausländisches Kapital beteiligt werden soll. Der Hauptzweck dieser Gesellschaft mit ihrem Syndikat ist Warschau Nowy-Swiat und das Tätigkeitsterrain die ganze polnische Republik, bei Berücksichtigung der örtlichen Rechte und Vorschriften, welche in den verschiedenen Teilen des Staates verpflichten.

Die Umwandlung der deutschen Botschaft in Lwow in eine Gesandtschaft soll in Kürze erfolgen. Der Vertreter Deutschlands in Litauen, v. Dishausen, erhielt bereits vor einiger Zeit den Titel Gesandter.

Aus anderen Ländern.

Keine Aufnahme Polens in die Kleine Entente.

Prag, 16. Juli. (Eigener Dienst). „Ceska Slovo“ veröffentlicht die halbamtliche Erklärung des tschechischen Außenministeriums, nach welcher der Bestand der Kleinen Entente entgegen anders lautenden Meldungen in nächster Zeit nicht vergrößert werden wird. Die Konferenz der drei Außenminister Rumaniens, Südlawiens und der Tschechoslowakei in Sinaja wird bestimmt am 28. Juli stattfinden. Von einer Beteiligung des polnischen Außenministers und dem Anschluß Polens an die Kleine Entente wird nicht mehr gesprochen.

Der neue Herr der Ukraine.

Das allukrainische Exekutivkomitee hat Rakowski in Anbetracht seiner Ernennung zum politischen und Handelsvertreter in London seines Amtes als Vorsitzenden des Rates der ukrainischen Volkskommissare enthoben und ihm die Dankbarkeit für die 4 1/2-jährige Leitung der ukrainischen Regierung ausgesprochen. Zum Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare der Ukraine wurde, wie erwartet, Tschubaren ernannt, der in letzter Zeit den ukrainischen Kubanbergebau geleitet hat und kürzlich zu einem der Vertreter Lenins im Bundesrat der Volkskommissare ernannt worden ist.

Eine neue Sowjetrepublik.

Auf Beschluß des russischen Vollzugsausschusses wird die große Zahl der nach der Oktoberrevolution entstandenen Sowjetrepubliken wiederum um eine neue autonome Republik vergrößert, die den Namen „Burjatisch-mongolische Republik“ tragen wird, mit der „Residenz“ in der Stadt Barchendinsk. Am 1. August 1923 soll die neue Republik offiziell zu funktionieren beginnen.

Aus Rom wird der „Pr. Pr.“ gemeldet: Wie verlautet, beabsichtigt die japanische Regierung, beim Vatikane eine Botschaft zu errichten.

Die Pariser Blätter melden, wurde Ladise Hanum, die Gattin Mustafa Kemal Paschas, in die Nationalversammlung von Angora als Abgeordnete für Konia gewählt. Es ist das erste Mal, daß eine türkische Frau einen Sitz im Parlament erhält.

Nach Meldungen aus China nimmt die mehrfach gemeldete Bonfotibewegung gegen japanische Waren immer größere Ausdehnung an. Die japanische Regierung hat ein Ultimatum nach Peking gefandt und um unerträgliche Aufhebung des Bonfotts gebeten.

Statt Karten.
 Nach Gottes unerforschlichem Ratschluf verschied heute früh 8 Uhr nach langen, schweren Leiden mein lieber guter Mann, unser Vater, Schwiegervater und Großvater, der Gastwirt

Gottlieb Warnke

im 72. Lebensjahre.
 Die tieftrauernden Hinterbliebenen
Frau Rosa Warnke
 nebst Kindern u. Anverwandten.
 Stare, den 18. Juli 1923. 7248
 Die Beerdigung findet Sonntag, den 21. Juli, nachmittags 5 Uhr, statt.

Aus dieser Welt der Schmerzen nahm der treue Gott zu sich in sein himmlisches Reich unsere einzige, heißgeliebte Tochter, Nichte u. Cousine

Edith Tiefert.

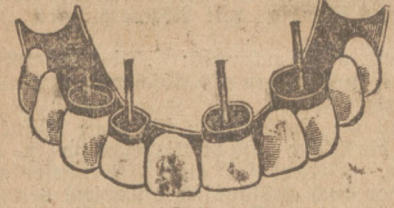
Sie ging heim nach schwerer Krankheit, zur Himmelfreude im blühenden Alter von 21 1/2 Jahren.
 Dies zeigt tiefbetrubt an die trauernden Hinterbliebenen 7870
Ernst Tiefert
 und **Frau Hedwig geb. Bahse**,
 Bydgoszcz, den 17. Juli 1923.
 Die Beerdigung findet am Freitag, den 20. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des alten evangl. Kirchhofes aus statt.

Seute früh 1/1 Uhr verstarb nach schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Schuhmachermeister

August Becker

im Alter von 64 Jahren. 7252
 Bromberg, den 18. Juli 1923.
 Im Namen der Hinterbliebenen
Frau Wilhelmine Becker,
 Beerdigung: Freitag, den 20. Juli, nachm. 5 1/2 Uhr von der Kapelle des evang. Friedhofs, Wilhelmstraße.

Zahn-Praxis

Paul Bowski, Dentist
 Mostowa 10 Telefon 751 Brückenstr. 10

Befestigung loser Zähne sowie
Bestrahlungen erkrankter Zähne
 mit elektr. Hochfrequenzströmen

Hüttensteins und Steinbohlen

aus besten ober-schlesischen Eruben in allen Sortierungen für Industrie und Hausbrand liefern wagonweise und in kleineren Mengen bei billigster Preisberechnung und nehmen Vorbestellungen entgegen

Schlaaf & Dabrowski

Bydgoszcz, Marcinkowskiego 8a.
 Telefon 1923.
 Bitte Offerten einfordern. 4555

BANK DYSKONTOWY S.A.

BYDGOSZCZ, DWORCOWA 96.

EXPORTBANK

mit ihren
Zweigniederlassungen

erledigt sämtliche Bankgeschäfte
 mit Inkasso von Exportdevisen.

EXPORTBANK

Zurückgehrt
 San.-Nat 7221
Dr. Diez.

Sebamm 6032
Grysfowska,
 Privat-Klinik
 für Wöchnerinnen,
 Długa 5. Tel. 1673.

Sebamm

nimmt Bestellungen entgegen. 7450

N. Stubinska,
 Bydgoszcz - Wilczak,
 ul. Rakielska 17, part.

Verfälschte
Blätterin

empfehl. sich in und außer dem Hause. 7883
ulica Zwernicka
 (Alte Pfarrh.) 14,
 Hof. 1 Tr. rechts.
G. Wajdzinska.

Musik
 für jeden Preis
 stellt 7856

Brandts & Firs,
 Art. Grotzgera 2 7828

**Maurer- und
 Dachbed.-Arbeiten**

führt selbständig aus,
 auch auf dem Lande.
Urbanowski
 Berlinska 94.

Musik
 Bitte ausschneiden!

Bitte ausschneiden!

Hierdurch erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen, daß ich das bisher von meinem Vater seit 1886 geführte Geschäft übernommen habe und dasselbe in dem bisherigen Rahmen und unter derselben Firma weiterführe.

Das der Firma bisher entgegengebrachte Wohlwollen bitte ich auf mich übertragen zu wollen und sichere sorgfältigste Bedienung unter eigener fachmännischer Leitung zu.

Gleichzeitig bitte ich etwaige Forderungen an die Firma unter Beifügung der Belege innerhalb 8 Tagen an mich einzureichen. Forderungen, die später gestellt werden sowie Zahlungen, die nicht in meinem Geschäftslokal an mich persönlich geleistet werden, erkenne ich nicht an.

Hochachtungsvoll

W. Oklitz Inh.: Willibald Oklitz

Mechanikermeister und Ingenieur

Schreibmaschinen, Bürobedarf, Fahrräder, Nähmaschinen-
 Reparatur-Werkstatt.

Telefon 207. :: Bydgoszcz, Stary Rynek 14. :: Telefon 207.

Bekanntmachung.

Infolge weiterer Erhöhungen der Löhne und Brennmaterialien sind wir gezwungen, mit Erscheinen der Zeitung

1 3-Pfund-Brot auf M. 7700

zu erhöhen. 7246
**Bäderinnung. Schweizerhof.
 Bromberger Wirtschaftsverein.**

Wer gibt jungem
Waidmann

1 bis 2 brave Böcke
 gegen entsprech. Vergütung zum Abschluß
 frei. Off. unt. N. 7806
 an die Offst. d. Stg.

Fragen Sie uns

welche Presse wir
 Ihnen zahlen für:
Feldgr. Glaf. 08
Prismenblätter
Mauserpistolen
Parabellum
Brownings
 u. a. Taschenpistolen
Pistolenmunition
Jagdwaften
Mitroskope
Esfenbeinbälle
Elefanten-Zähne
 Höchstpreise infolge
 Auslands-Exports.
 Nachnahmezahlung
 gestattet.

Brüll & Co.,
 Breslau 10,
 Matthiasstraße 88.
 Luftkäufer gerührt.

Weißgerberei
 gerbt Pelzwerke. 7111
 Ihamunta Augusta 19.

Jede Art
Uhren
 auch Zueruhren
 werden sof. repariert.
Ottinger, 5687
 Kordeckiego 34a.

Wilh. Matern

Dentist 6963

Sprechstunden v. 9-11 u. 3-6 Uhr
 Bydgoszcz, Gdańska 21.

Utgehende, konkurrenzlose Fabrik

sucht einen tätigen oder stillen
Teilhaber
 mit ca. 50-60 Millionen Mark. Offerten
 unter N. 7249 a. d. Geschäftsstelle d. Stg.

Trockene Felgen und Speichen

hat abzugeben 6938
E. Tiefenbrunn, Kepno. Tel. 63.

Hafer und Gerstengruße

haben abzugeben 7250
Mlyn Okole
 dawn. Peterzona.

Maschinenspinnerei

Filiale Bydgoszcz.
 Hiermit geben wir dem geehrten Publikum der Stadt Bydgoszcz u. Umgegend bekannt, daß wir auf unser Lager eine große Auswahl von **Wolle, Strid- und Webewolle, Flachs- u. Heide-Garn, sowie gute Wollstoffe** haben.

Weil unser Geschäft sich im Hof-Haus befindet, können wir unsere Waren zu sehr günstigen Bedingungen abgeben. Es werden für 1 1/2 Pfund gewaschene Wolle 1 Pfund Strid- oder Webewolle eingetauscht, für 1 kg getämten Flachs eine Strähne Garn eingetauscht. Auch werden auf Wunsch Wollstoffe und Mätsche sowie Gad-Leinwand gegen Wolle und Flachs eingetauscht.
 Es wird auch zum Stricken und Färben jedes alte Kleiderstück angenommen.

N. Molinder, Bydgoszcz,
 Sw. Florjana (Alexanderstraße) 16. 7885
 Straßenbahnverbindung
 bis zur Ecke Jagiellonska und Bernardynska.

Großkonzert

Donnerstag, den 19. d. M.,
 von nachm. 6 Uhr ab,
mit anschließ. Ball
 bei Herrn **Bayer**, wozu einladet
Bl. Dargel, Kapellmeister.
7855

Echte Schweizer Seidengaze

kenntlich durch 3 rote Streifen in den Kanten, 7235

Messerpicken, Furchenhämmer usw. empfohlen
Ferd. Ziegler & Co., Bydgoszcz.

Ruder-Club Frithjof.

Am Sonnabend, den 21. Juli 1923, abends pünktlich um 7 Uhr, findet satzungsgemäß die ordentliche

7. Mitglieder-Versammlung

statt, wozu die Mitglieder hiermit eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Regattaberichte.
2. Freisprechungen.
3. Besprechung über das Sommerfest.
4. Geschäftliches.

Im Anschluß an den geschäftlichen Teil findet eine **Siegesfeier**

in Form eines Herrenabends statt, zu dem rege Beteiligung erwartet wird.

7216
Der Vorstand.

Kino Kristal.

Heute Premiere!
 Das erstklassige Filmwerk:

Herzog Ferrantes Ende

Gewaltiges Drama in 7 großen Akten.
 In den Hauptrollen:
 Paul Wegener — Lyda Salmonowa
 Ernst Deutsch — Walter Janssen.

Beiprogramm:

„Fatty flirtet“
 Lustspiel in 2 Akten.
 Außerdem: **Nur Mittwoch**
Das rumänische Königspaar
 in Polen. 7242

Berjonen- Dampfer

nach der Hafenschleuse
 Bochentags Abfahrt
 Bydgoszcz 3 U. nachm.
 Rückfahrt ab Hafenschleuse
 7 Uhr nachm.
7223
 Sonntag, d. 22. Juli.

Großes Sanzbergnügen

wozu einladet 7840
Stengel, Zarkowo.

Deutsche Bühne

Bydgoszcz C. B.
 Freitag, den 20. Juli
 Zum 1. Male:
**Der Raub der
 Cabinerinnen.**
 Schwank von Frau von Schönbach.
 Vorverkauf bei Hest, Danzigerstr. 19 und bei Reichle, Theaterplatz.

Ofenarbeiten

werden von mir selbst ausgeführt. 7831
G. Ristan,
 Töpfermeister,
 Bydgoszcz, ul. Gdanska (Danzigerstraße) 41.

Hafer

haben ab Lager abzugeben

Kruczynski i Sta.,
 ul. Arrol, Jądwi 6.
 Telef. 1323 u. 1333.

Plättwäsche wird sauber u. schnell ausgeführt. 7850
Gewandwäsa,
 Entabecia 18, III.



Hersteller: **Urbin-Werke, Chem. Fabrik**
 G. m. b. H., Danzig, am Troyl. 6612

Pommerellen.

18. Juli.

Grudenz (Grudziadz).

d. Von der Ziegeleiindustrie. Als vor etwa fünfzehn Jahren die Bautätigkeit in Stadt und Umgegend in Blüte stand, konnten die hiesigen Tonziegeleien den Bedarf nicht decken und es mußten noch Ziegeleien hauptsächlich mit Wasserfracht von außerhalb bezogen werden...

A. Der Haus- und Grundbesitzerverein hat in diesem Jahr wieder für seine Mitglieder Dorfsteuern lassen. Es ist ein Dorfsteuerverein in Grotzitz gegründet und dieses wird auf Rechnung des Vereins ausgebaut.

A. Der Besuch der Stadtkirche Rudnik war in den letzten Tagen sehr stark. Besonders wurde das Freibad viel benutzt. Leider ist der Besuch dieses beliebten Ausflugsortes durch Aufhebung der Haltestelle „Kaiserweg“ sehr schmert.

* Blitzschläge. Am Sonntag schlug der Blitz in das Wohnhaus Bischofstraße 42 und zerstörte den Schornstein und die Decke. Im Wohnhaus Bischofstraße 5 schlug der Blitz in den Giebel, zündete und riß ein großes Stück vom Dach ab...

Thorn (Torun).

* Die Ortsgruppe Thorn des Verbandes deutscher Wandwerker in Thorn unternahm Sonntag nachmittag bei heißem Sommerwetter einen Ausflug mit Damen nach heiligem Sommerwetter einen Ausflug mit Damen nach heiligem Sommerwetter einen Ausflug mit Damen nach heiligem Sommerwetter...

* Ein kurzes aber ziemlich heftiges Gewitter ging Montag gegen 5 Uhr morgens über Thorn nieder, nachdem sich die Temperatur am Sonnabend und Sonntag fast bis zur Unerkennlichkeit gesteigert hatte.

* Ein schwieriges Stück Arbeit war das Fällen des alten abgestorbenen Baumriesen an der ul. Mad-brzagna (Werstraße) neben dem Badertor, das Ende vergangener Woche vorgenommen wurde.

* Von der Weichsel bei Thorn. Das Wasser ist weiterhin gefallen. Dienstag früh zeigte der Pegel einen Stand von 0,74 Meter über Null an.

* Vier Todesfälle durch Ertrinken. Die Zahl der Opfer der Weichsel ist am vergangenen Sonntag durch das Ertrinken von vier Personen erheblich vergrößert worden.

Schule in Thorn; nachmittags ertranken im freien Strom in unmittelbarer Nähe der Badeanstalten zwei weitere Personen. Gegen Abend ertrank der mit mehreren anderen Personen im Freien badende Oberleutnant Rabong vom D. E. K. (Korpskommando).

* In selbstmörderischer Absicht warf sich Sonntag nachmittag die Schwester des am Morgen ertrunkenen Oberleutnants Landau vor die Lokomotive eines einfahrenden Zuges auf dem Hauptbahnhof.

* Leichenschändung. Am Solzhafen bei Thorn wurde Sonntag die Leiche eines Mannes aus der Weichsel geborgen, die schon lange im Wasser gelegen haben muß, da sie bereits in Verwesung übergegangen war.

c. Culm (Chelmo), 17. Juli. Das Gewitter trat am Sonntag hier recht stark auf. Allein in der Stadtniederung hat der Blitz auf fünf Stellen gezündet. Es brannte das Gehöft der Geschwister Zemle in Nieder-Ausmach nieder.

* Dirsdan (Dziew), 17. Juli. Ein Mann aus Bromberg, der hier mit Zigarren haufierte, die nicht handerollert waren, wurde verhaftet. In seinem Gewerbe beschäftigte er auch mehrere kleine Jungen, die Abnehmer ausfindig machen mußten; dem Vernehmen nach handelt es sich um eine ganze Schiebergesellschaft, deren Sitz Bromberg ist.

* Neuenburg (Nowe), 17. Juli. Am vergangenen Sonntag fand hier das Gau-Turnfest des 3. Bezirks Pommerellen statt, zu dem auch auswärtige Gäste aus Graudenz, Culm und Schwes unter Benutzung eines Weichseldampfers erschienen waren.

* Die Ortsgruppe Thorn des Verbandes deutscher Wandwerker in Thorn unternahm Sonntag nachmittag bei heißem Sommerwetter einen Ausflug mit Damen nach heiligem Sommerwetter einen Ausflug mit Damen nach heiligem Sommerwetter...

Einrichtung einer Wollwäscherei in Thorn.

Die Landesversammlung der Schafzüchter Polens, die am 12. und 13. März 1923 in Thorn tagte, hat gemeinschaftlich mit dem Schäferverband Pommerellens die Notwendigkeit erkannt, eine Gemische Wollwäscherei zu gründen, die gleichzeitig eine Gesundung des Wollhandels herbeiführen und zur Reguierung des Wollmarktes beitragen soll.

Der gewählte Ausschuss hatte am 12. Juli d. J. die Wollproduzenten zu einer Versammlung einberufen, die die endgültige Gründung dieser Wollwäscherei beschloß. Es wird zunächst eine Genossenschaft mit beschr. Haftung

unter der Firma „Leviatan“ gebildet, die sich mit dem Ankauf der maschinellen Einrichtung, Sammlung der nötigen Gelder und der Beschaffung der Unterbringungsräumlichkeiten befassen soll.

Die geplante Wollwäscherei hat zum Ziele: 1. Ausschlag des Zwischenhandels im Wollhandel, 2. unmittelbaren Absatz der Wolle im gewaschenen Zustande an die Industrie unter bestmöglicher Verwertung, 3. Lösung des Wollproduzenten vom Zwischenhandel durch Vorzuschleifungen, 4. Erzielung entschieden höherer Wollpreise als im gewöhnlichen Handel durch a) enge Beziehung der Wollwäscherei zur Industrie, b) Konzentration, sachgemäße Sortierung und Verkauf größerer Sammelkollektionen an diejenige Industrie, die für diese Sortimente Verwendung hat, c) Ausübung von Rohwollwäscherei, die den Produzenten in die Lage versetzt, die gewaschene Wolle evtl. selbst zum höheren Preise abzusetzen; 5. Teilnahme des Wollproduzenten am Reingewinn und Vermögen der Wäscherei.

Die Tatsache, daß in Polen eine Wollwäscherei, die auf der Beteiligung der Wollproduzenten beruhen würde, noch nicht vorhanden ist, und daß die wenigen, den einzelnen Bereibern angeschlossenen Wäschereien nur für eigenen Bedarf eingerichtet sind, der Allgemeinheit aber nicht zur Verfügung stehen, ergab die Notwendigkeit der Gründung eines derartigen Unternehmens.

Die Kosten der Einrichtung dürften nach den gemachten Kostenschätzungen etwa 250 000 Poln. = 250 000 Schweizer Franken betragen. Hierzu kämen noch die Kosten der erforderlichen Baulichkeiten. Da jedoch die Möglichkeit besteht, die Wollwäscherei mit einem verwandten, schon bestehenden Unternehmen in Thorn oder Umgegend zu verbinden, so werden sich diese Ausgaben erübrigen, oder wesentlich vermindern.

Die Kosten der Einrichtung dürften nach den gemachten Kostenschätzungen etwa 250 000 Poln. = 250 000 Schweizer Franken betragen. Hierzu kämen noch die Kosten der erforderlichen Baulichkeiten. Da jedoch die Möglichkeit besteht, die Wollwäscherei mit einem verwandten, schon bestehenden Unternehmen in Thorn oder Umgegend zu verbinden, so werden sich diese Ausgaben erübrigen, oder wesentlich vermindern.

Zur Deckung der entstehenden Organisationskosten ist 1 Prozent der gezeichneten Summe ebenfalls an das obengenannte Konto sofort nach erfolgter Zeichnung, als Eintrittsgeld, einzuzahlen. Restsumme ist nicht rückzahlbar. In dem der Ausschuss an die Wollproduzenten den Appell richtet, sich im eigenen Interesse recht zahlreich an der Genossenschaft zu beteiligen, wird noch bemerkt, daß die Formulare zur Beitrittserklärung bei der Pomorska Naba Rolnicza (Pommerellischen Landwirtschaftskammer) in Thorn erhältlich sind, an die auch die Zeichnungserklärungen zu richten sind.

Die Liste der gezeichneten Anteile wird geschlossen, sobald das erforderliche Anlagekapital gezeichnet sein wird.

Zur Deckung der entstehenden Organisationskosten ist 1 Prozent der gezeichneten Summe ebenfalls an das obengenannte Konto sofort nach erfolgter Zeichnung, als Eintrittsgeld, einzuzahlen. Restsumme ist nicht rückzahlbar. In dem der Ausschuss an die Wollproduzenten den Appell richtet, sich im eigenen Interesse recht zahlreich an der Genossenschaft zu beteiligen, wird noch bemerkt, daß die Formulare zur Beitrittserklärung bei der Pomorska Naba Rolnicza (Pommerellischen Landwirtschaftskammer) in Thorn erhältlich sind, an die auch die Zeichnungserklärungen zu richten sind.

Die Liste der gezeichneten Anteile wird geschlossen, sobald das erforderliche Anlagekapital gezeichnet sein wird.

Bank Dyskontowy S. A. Bydgoszcz, Dworcowa 96 erledigt sämtliche Bankgeschäfte mit Inkasso von Exportdivisen.

Trinkt Porter Wielkopolski

Berlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant, im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Haushaltungsschule St. Marienheim, Chojnice Pom.

Theoretischen und praktischen Unterricht in Bauwirtschaft, Kochen, Wäschearbeiten und Handarbeiten. Außerdem wird Englisch, polnischer Sprach-, auf Wunsch auch Musikunterricht erteilt.

Welche Firma fertigt moderne Treppengeländer

S. Holz Nachf., Wielbort Pom.

Simbeeren 1 Mähmaschine

Ia. Steinkohlen-Teer (karant. wasserfrei) Klebemasse Dachpappen Pappnagel Holzteer

Oberschl. Heiz- u. Schmiedekohlen offeriert Franz Krogoll, Nowe.

Zu einer Versammlung

am Sonnabend, 21. Juli mittags 12 Uhr werden die deutschen Wähler des Stadt- und Landkreises Swiecie nach Terespol Hotel Schulz, zur Entgegennahme von Berichterstattung über die Tätigkeit der deutsch. Fraktion im Sejm ergeb. eingeladen.

Danziger Bank- u. Handelsgesellschaft Aktiengesellschaft 5752 Danzig, Heumarkt 4. Fernsprecher Nr. 1972, 1451 u. 6010. Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Danzig Nr. 7738.

Thorn. Die evangelische Pfarrstelle in Groß-Bösendorf, Thorn, infolge Emeritierung des bisherigen Pfarrers zu besetzen. Schöne Lage in der Weichselniederung. Geräumiges Pfarrhaus, 10 Minuten von der Bahn. Evangelische Schule am Ort. Bewerber wollen sich mit Pfarrer Anuschel, Górsk, poczta Rogozary, powiat Torun, in Verbindung setzen. Der Gemeinde-Kirchenrat. Anuschel, Pfarrer, Vorsitzender.

Graudenz. Sofatischgarnituren, Chaiseloufische poliert in allen Holzarten sowie sämtliche andere Drechslereiarbeiten Spezialität: Gewundene Säulen, Uhrkränze für Standuhren liefert schnell und billig Grudziadzka Tokarnia wyrobów drzewnych właśc. Willy Kollinger Grudziadz (Graudenz), ul. Ogrodowa Nr. 5.

Nie gewesen Gelegenheit in Bydgoszcz.

Mir geben hiermit dem geehrten Publikum der Stadt Bydgoszcz...

Damit sich ein jeder davon überzeugen kann, daß unsere Waren gut und billig sind...

Sila Przemysłowa Bydgoszcz, Stary Rynek 16/17. Telefon Nr. 1189.

Werfführer

für unser Sägewerk Brzoza (Hopfengarten) per 1. August gesucht.

Damen gesucht, Meldungen vormittags 11-2 Uhr. Hurlownia Beczet.

Stenotypistin I. Kraft, für unser Zentralbureau per sofort evtl. 1. 8. bei hohem Gehalt gesucht.

Perfekte Stenotypistin möglichst mit polnischen Kenntnissen per sofort gesucht.

Photographin von sofort oder später verlangt. Offerten u. D. 7210 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Ziichler für furnierte Möbel stellt ein G. Habermann.

Lehrerlehrling Schulentl., Sohn achtb. Eltern, der deutsch u. poln. Sprache mächtig.

Arbeitsburichen unter 18 Jahren verl. Andreowski, Chwytowo 13a.

Stellmacher werden von sof. eingestellt. Zu erfragen Kantauerstr. 47, 1. r.

Feldhüter für sofort sucht Gerstberg, Chyżajnowo, v. Rakon.

1 Kontorbote (pens. Beamten) 1 Wächter suchen sofort. Geb. Schlieper, Gdańska 99.

1 Kontorbote (pens. Beamten) 1 Wächter suchen sofort. Geb. Schlieper, Gdańska 99.

Buchhalterin für Baugeschäft! perfekt in Polnisch, Deutsch, Stenographie.

Kontoristin firm in Stenographie u. Maschinensreiben, poln. Sprachkenntnisse erwünscht.

Lehrlingstelle ich frei. Schallon, Molkerei- u. Käseereigenenschaft.

Dame

mit polnischen Sprachkenntnissen u. kath. bekehrter, zur Beaufsichtigung der Schularbeiten zweier Anaben im Alter von 7 u. 9 Jahren...

Suche Landwirtsch. von ca. 300-600 Morgen bei einer Anzahlung von 250 000 000 Mk.

Suche Güter, Landwirtsch., Fabriken Mühlen, Häuser ic. Habe stets Käufer von 25 Millionen bis 20 Millard.

Wirtsch.-Fräulein in feiner Küche, Baden u. Einmachen pers., zu sof. oder 1. August ges.

Ein Dienstmädchen, das auch kochen kann, kann sich melden.

in der Verkauft Suche b. sofort. Abz. Güter, Fabrik, Hotels, Ziegeleien, Mahl- u. Schneidemühl.

Wollen Sie verkaufen? Wend. Sief., vertrauensvoll an E. Kuszowski.

Molkerei-Grundstück in milchreicher Gegend massive Gebäude.

Güter-Agentur und landw. Anziedlgs.-Büro Alexander Laszbeli.

Kaufe Haus mit Garten oder Feld oder Gehöft in oder nahe einer Stadt.

neue Motormühle mit 40 Morgen Land, umgerechnet poln. Mk., freie Wohng.

Druckerei komplett, mit Hilfsmaterial zu verkaufen.

Druckerei komplett, mit Hilfsmaterial zu verkaufen.

Kaufe Haus mit Garten oder Feld oder Gehöft in oder nahe einer Stadt.

Druckerei komplett, mit Hilfsmaterial zu verkaufen.

Wer seine Wirtschaft Haus, Mühle oder Fabrik verkaufen will. Baranski i Kalazet, Dworcowa 32.

Suche Landwirtsch. von ca. 300-600 Morgen bei einer Anzahlung von 250 000 000 Mk.

Suche Güter, Landwirtsch., Fabriken Mühlen, Häuser ic. Habe stets Käufer von 25 Millionen bis 20 Millard.

Schlig- und Zapfen-Schneidemaschine für Holzbearbeitung. sofort zu kaufen gesucht.

15000 Mk. pro Zahn zahlen wir für alte künstliche Zähne, einzelne auch in Gebissen.

Kub hat abgegeben 6 Wochen alte, echte Wolfshunde.

Klavier und Harmonium verkauft höchstzahlend St. Wojdyła.

Gold-, Silber- u. Platinzähne bis 10000 Mk. p. Zahn.

Gold Silber Kaufe Silber Kaufe gut erhaltenen Dogcart oder Einpännerwagen.

Stahlfassette fast neu, in 2 Schließ. Gr. 25 x 35, verk.

Häcksel in Wagenladungen gibt preiswert ab P. Duwe, Sepolno.

Ries feinstörnig, mögl. klein, frei, ca. 1000 cbm, zu kaufen ges. Anziedl. Angeb. frei Wagen Verladung erbittet.

Zu kaufen gesucht: Dezimalwaage, Gewichte, Sacklaren, Meßschippe, Meßsäcke, Schreibmaschine, Kopierpresse.

2 Reiterboire ca. 1.8 u. gebr. Gastoibre, 2 1/2 u. 1/1/2 mit Planchen, 1 Saug- u. Drudpumpe zu verk. Angeb. unt.

1 gr. eiserner Herd 1 H. eiserner Herdofen 1 Badeofen mit Waune 2 irische Ofen.

4-5-Zimmertwohnung. Nähe Danzigerstr., tausche dagegen meine 4-Zimmer-Wohnung.

In Mietsstreitigkeiten sowie Schriftsätzen jeglicher Art ertellt Rat und Hilfe.

4-5-Zim.-Wohnung mit Möbel evtl auch oh. Möbel zu miet. gesucht.

Wohnung von 3-5 Zimmern möglichst im Zentrum, gesucht. Preis nach Absprache.

Wohnung von 3-5 Zimmern möglichst im Zentrum, gesucht. Preis nach Absprache.

Weiß- Gerberei gerbt Felle für Belz, Schuh- u. Gefährzweck.

Warne hiermit jederm., mein Sobne Alojz Koszubowski etwas zu borzen, da er sich aus mein. Hause entfernt hat.

Widm. Oberbeamter ewal., pers. poln. sprch., Mitte 30er, sehr guter Charakter.

Stellengefuche Wirtschaftsnipetor 37 J. alt, mit 15jähr. Praxis, der poln. und deutsch. Sprache in Wort u. Schrift mächtig.

Holzschmied sucht sofort dauernde Beschäftigung im Holzgeschäft oder Sägewerk.

Rassenbeamter u. Buchhalter über langjähr. beste kaufm. Kenntnisse und Erfahrungen verfügl.

1. Buchhalter der auch eine Filialleiterstelle übernehmen würde, beide der poln. u. deutschen Sprache mächtig.

Suche Stelle als Wirtschftsbeamter, od. Zmp. Nebern, auch ein klein. Gut eigenhbdg. zu führ.

Holzschmied, verb., mit dem engl., Berliner und Magdeburger Einschl., bestens vertraut.

Erz. Erziehlerin sucht Stellung zu Kindern für die ersten drei Schuljahre.

Strenb. Landwirt 32 J. alt, geföhrt auf gute Langjahr. Zeugnisse.

Suche Stelle als Wirtschftsbeamter, arbeite auch selbst mit. Offerten u. D. 7219 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Heirat Mühlentwerfführer, kath., 32 J. alt, mit Vermögen, sucht Damenbekanntsch. zw. baldig.

Landwirt (evgl.) sucht Lebensgefährtin. Dam. im Alter bis 35 Jahre wollen Off. m. Bild u. J. 7218 a. d. Gchft. d. Z. einj. Einheirat in eine Landwirtsch. bezorzt.

Lebenslustiges, älter. Fräulein wünscht die Bekantschaft eines älteren Herrn zweis. späterer Heirat.

Obw. Oberbeamter ewal., pers. poln. sprch., Mitte 30er, sehr guter Charakter, sucht possb. Damenbekantschaft.

Stellengefuche Wirtschaftsnipetor 37 J. alt, mit 15jähr. Praxis, der poln. und deutsch. Sprache in Wort u. Schrift mächtig.

Holzschmied sucht sofort dauernde Beschäftigung im Holzgeschäft oder Sägewerk.

Rassenbeamter u. Buchhalter über langjähr. beste kaufm. Kenntnisse und Erfahrungen verfügl.

1. Buchhalter der auch eine Filialleiterstelle übernehmen würde, beide der poln. u. deutschen Sprache mächtig.

Suche Stelle als Wirtschftsbeamter, od. Zmp. Nebern, auch ein klein. Gut eigenhbdg. zu führ.

Holzschmied, verb., mit dem engl., Berliner und Magdeburger Einschl., bestens vertraut.

Erz. Erziehlerin sucht Stellung zu Kindern für die ersten drei Schuljahre.

Strenb. Landwirt 32 J. alt, geföhrt auf gute Langjahr. Zeugnisse.